

Beschluss des Landrats vom 22.04.2021

Nr. 870

14. Schliessung Deponie Höli für Nichtaktionäre 2020/536; Protokoll: ak

Simon Oberbeck (CVP) beantragt die Diskussion.

://: Diskussion wird bewilligt.

Simon Oberbeck (CVP) zitiert aus der heutigen BZ, dass Deponien im Baselbiet «ein Minenfeld mit gewaltiger Sprengkraft» seien. Entsprechend der Bedeutung dieses heissen Eisens ist die Antwort des Regierungsrats ungewöhnlich klar und scharf formuliert. An dieser Stelle geht ein herzlicher Dank an Regierung und Verwaltung für die ernsthafte Bearbeitung der Interpellation. Der Vorstoss dient gewissermassen als Gegenwarts- und Vergangenheitsbewältigung. Nutzen wir die aktuelle Notsituation, um die Zukunft nachhaltiger zu gestalten! Zentral ist jetzt, dass die Vorlage zum Baustoffkreislauf mit einer Lenkungsabgabe bald dem Landrat unterbreitet und anschliessend in Kraft gesetzt werden kann. Die Instrumente «Baustoffkreislauf», «Recycling» und «Deponien» müssen richtig aufgestellt werden – durch die privaten Unternehmen und den Kanton gleichermassen, für die kommenden Generationen und die Umwelt.

In der Deponielandschaft des Kantons Basel-Landschaft gilt es jetzt, rasch eine Lösung zu finden. Die Botschaft an die bürgerlichen Landratskolleginnen und -kollegen lautet daher: Der Markt soll frei zugänglich sein für alle Unternehmen – immer wieder werden ja in den Gewerbe-Postillen «gleich lange Spiesse» gefordert –; geschieht dies aber nicht, dann braucht es Spielregeln. Als Schiedsrichter steht dabei der Kanton in der Verantwortung. Manchmal braucht es einen Schubser, damit der Markt sich frei entfalten kann, und dann muss jemand – nämlich der Staat im Interesse der Steuerzahler – die Rahmenbedingungen und Spielregeln festhalten, damit Unternehmen wieder ihrem Business nachgehen können. Deshalb wurde an der vergangenen Landratssitzung eine Motion zur Kantonsbeteiligung an Deponien (2021/215) eingereicht; schon jetzt gilt ein herzlicher Dank allen, die diesen Vorstoss unterstützen und ihn nicht einfach ablehnen, weil er vordergründig einer bürgerlich-liberalen Gesinnung zuwiderläuft. Das Thema verdient es, aus verschiedenen Blickwinkeln und mit einem Blick in die Zukunft betrachtet zu werden.

Dieter Epple (SVP) ist nicht ganz einverstanden mit den vorliegenden Antworten. Der Kanton sagt, dass gemäss Bundesgesetz der Kanton die Verantwortung trage für die Entsorgung von Abfällen, das heisst: auch für Deponien. Dazu muss man schon erste Fragezeichen setzen.

Der Regierungsrat bemängelt das Gebührenmodell der Deponie Höli mit ihren Spezialkonditionen für Aktionäre als nicht zukunftsfähig und fordert die Deponie Höli Liestal AG auf, die Bevorzugung von Aktionären zu beenden. Wieso soll ein Aktionär in seiner Firma keine minimalen Preisvorteile geniessen dürfen? Welcher Aktionär geht Risiken ein und investiert Eigenkapital, ohne auch einen Vorteil zu haben?

Die Direktion spricht von Marktverzerrung und möchte die Deponie übernehmen. Aber wieso denn? Der freie Markt spielt, die Deponie Höli in Liestal ist im Vergleich zu anderen Deponien wie etwa Sissach oder Bennwil nicht am teuersten, und alle können ihr zugelassenes Jahreskontingent nutzen. Das Problem ist, dass der Kanton, der den Auftrag hat, für genügend Deponien zu sorgen, und die zuständige Direktion seit Jahren nicht im Stand sind, diese Aufgabe zu erfüllen. Die freie Wirtschaft muss gelebt und darf nie zu einer Staatswirtschaft werden; das gilt für diesen wie auch für andere Bereiche. Es stellt sich vielmehr die Frage, wieso die Bürgergemeinde Liestal so angegriffen wird. Die Antworten auf die Interpellation sind nicht nachvollziehbar, und man scheint ein-

fach einen Schwarzen Peter zu suchen.

Der Kanton hat jährlich Audits durchgeführt und der Deponie Höli dabei die Schulnote 6 zugestanden. Der Kanton ist es auch, der jede einzelne Fahrt zur Deponie bewilligt. Wieso hat er also nicht schon früher eine zu schnelle Einfüllung verhindert? Der Kanton verdient richtigerweise Millionen am Outsourcen dieses Geschäfts. Aber wie sieht es aus mit einer Recycling-Strategie? Diesbezüglich war noch nie etwas zu hören vom Kanton Baselland, anders als von den Vorzeigekantonen Solothurn oder Zürich, wo es eine solche erfolgreiche Strategie schon seit zwanzig Jahren gibt. Die Deponien stünden, so der Regierungsrat, Kunden aus beiden Basel zur Verfügung. Hat der Kanton Baselland in diesem partnerschaftlichen Geschäft auch eine Gegenleistung vereinbart? Es ist fünf vor zwölf – der Kanton muss seine Aufgaben dringend wahrnehmen! Jetzt muss er, was er betreffend Deponien bisher verpasst hat, sofort nachholen, statt die Probleme extern zu suchen.

Stephan Ackermann (Grüne) hält es für herausfordernd, seinem Vorredner zu erwidern. Es stellt sich die Frage, wie viel Dieter Epple bislang von diesem Geschäft mitbekommen hat. Es ist nämlich einiges am Laufen. Auch Simon Oberbecks Appell, endlich etwas zu unternehmen, ist nicht ganz aktuell, denn schon Erika Eichenberger hat mit einem ihrer ersten Vorstösse (Interpellation 2018/667) entsprechende Fragen gestellt, und schon damals wurde in den Antworten eingeräumt, dass nicht alles sauber ablaufe. Also ist es höchstens teilweise angebracht, nun die Schuld beim Kanton zu suchen. Denn es gab Vereinbarungen und einen Auffüllungsplan, über den man sich seitens Deponie masslos, ja in katastrophaler Weise, hinweggesetzt hat – soviel zum Thema «freier Markt»... Und jetzt, wo man merkt, dass es nicht funktioniert, rufen die einen nach dem Staat, und die anderen wehren ab: Bloss kein Staat! Aber es ist Fakt, dass es keine Deponievolumen mehr gibt und dass der Zeitplan nicht aufgegangen ist. Dies behindert unsere wirtschaftliche Weiterentwicklung. Wem haben wir das zu verdanken? Jedenfalls nicht dem Staat, sondern genau jener freien Marktwirtschaft, die auf Biegen und Brechen einfach Geld verdienen will und Deponien füllt und füllt mit Sachen, bei denen das gar nicht unbedingt nötig wäre. Das hat der Regierungsrat wunderbar aufgezeigt. Er will auf Wertstoff-Recycling setzen; eine entsprechende Vorlage ist in der Vernehmlassung. Das Parlament ist nun in der Pflicht, die Vorgaben so griffig zu formulieren, dass auch wirklich nicht mehr alles auf Deponien gebracht wird, sondern dass Wertstoffe zurückgewonnen werden. Da dies die freie Marktwirtschaft nicht alleine hinbekommt, ist der Gesetzgeber gefordert.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) muss auf Dieter Epples Votum reagieren. Schon 2018 war die Situation augenfällig. Wer von der Sichertoren oder vom Schleifenberg Richtung Höli schaut, sieht die beeindruckenden Dimensionen, die die Deponie wider Erwarten sehr schnell erreicht hat – viel schneller, als es in Liestal in Aussicht gestellt worden war. Die Bürgergemeinde als Aktionärin hätte im Interesse der Öffentlichkeit handeln und ein Auge auf die Entwicklung haben müssen. Aber für die Aktionäre ist die Deponie ein Goldesel. Darum hatten sie kein Interesse, die abgelieferte Menge zu reduzieren. Die Lastwagen kamen von weither, aus anderen Kantonen bis Schaffhausen, um in der Höli ihr Material abzuladen. Für Aktionäre gab es speziell günstige Preise. Dass nun der Zugang ganz auf die Aktionäre eingeschränkt werden soll, ist schlicht unverständlich. Sie nutzen ihren Wettbewerbsvorteil eigennützig aus, und deshalb ist es extrem erfreulich, dass der Kanton nun etwas unternimmt. Viel versprechen kann man sich vom Massnahmenpaket zur Förderung des Baustoffkreislaufs, und was auch zwingend ist, ist eine wirkungsvolle Lenkungsabgabe. Hoffentlich findet eine solche eine Mehrheit in diesem Rat!

Rolf Blatter (FDP) hat schon mehrere Vorstösse zum Thema «Deponien» eingereicht. Ihm haben die Antworten des Regierungsrats sehr viel besser gefallen als dem Kollegen von der SVP. In der Tat bestehen Wettbewerbsvorteile, und deshalb ist die Aufforderung richtig, dass der Betreiber der Deponie diese Bevorzugung der Aktionäre beenden soll. Deponien zu betreiben, ist ein Business,

aber kein rein privatwirtschaftliches Geschäft, sondern es geht dabei um ein Thema von grossem öffentlichen Interesse, und es gibt nur wenige Anbieter auf dem Markt. Die Behauptung, es gebe keine Recycling-Strategie in Baselland, ist unrichtig und wohl auf schlechte Recherche zurückzuführen: Eine Recycling-Strategie ist schon lange ein Thema, und mit dem angekündigten Massnahmenpaket zum Baustoff-Kreislauf wird genau dies abgehandelt: Mehr Recycling soll genau dazu dienen, dass von den 900'000 t Deponievolumen – das ist nicht wenig! – rund 200'000 bis 300'000 t rezykliert werden sollen, womit das Deponievolumen entsprechend reduziert werden könnte. Die von Simon Oberbeck angekündigte Motion ist zu begrüssen, mit der der Kanton zur Übernahme von Verantwortung verpflichtet werden soll. Ähnliches wurde schon mit dem Postulat 2020/574, «Gleich lange Spiesse», angeregt. Insofern ist die Beantwortung der vorliegenden Interpellation durch den Regierungsrat sehr zufriedenstellend ausgefallen und verdient einen herzlichen Dank.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) hält das Deponie-Thema tatsächlich für ein heisses Eisen, und zwar in zweierlei Hinsicht: Einerseits besteht ein Volumen-Problem, und andererseits braucht es einen langen Vorlauf für neue Deponien. Deshalb muss man mit den vorhandenen Volumen sorgfältig umgehen und dort wirklich nur deponieren, was tatsächlich deponiert gehört. Was wiederverwertet werden kann, soll auch wiederverwertet werden.

Es ist unbekannt, woher Dieter Epple seine Informationen hat, aber es besteht der Eindruck, dass er entweder nicht vollständig oder auch ein bisschen einseitig informiert ist. Deshalb gibt es einige Dinge noch ergänzend hinzuzufügen. Zum einen ist die geforderte Recycling-Strategie vorbereitet und befindet sich in der Vernehmlassung; sie enthält die Elemente, die nötig sind, um künftig die Nutzung des knappen Guts «Deponie-Volumen» besser steuern zu können. Dabei wird sich das Parlament die Gretchenfrage stellen lassen müssen: Ist es bereit, zu steuern und zu lenken – ja oder nein? So lange der Kanton diese Steuerungsmittel nicht in der Hand hat, kann man ihn auch nicht verantwortlich machen. Zuerst pocht man auf die Privatwirtschaftlichkeit, und sobald es ein Problem gibt, muss der Kanton als verantwortlich herhalten – das ist zu einfach. Der Kanton ist bereit, die Verantwortung zu übernehmen, aber dazu braucht er die geeigneten Instrumente; die Vorschläge liegen auf dem Tisch und kommen zeitnah in den Landrat.

Zum anderen ist festzuhalten, dass schon vor einem Jahr der Betreiber der Deponie Höli aufgefordert worden ist, das Fülltempo zu drosseln. Das Ergebnis ist bekannt: In den Halbjahreszahlen wurde eine neue Rekord-Füllgeschwindigkeit ausgewiesen, und deshalb ist die Deponie nun voll. Wo die Verantwortlichkeiten liegen, ist klar und offensichtlich. Der Kanton ist übrigens an der Deponie nicht beteiligt und verdient somit auch kein Geld damit.

Der Kanton hat nie gesagt, die Aktionäre dürften keinen Profit erzielen – aber das soll über die Gewinnbeteiligung laufen und nicht über die Gewährung von Sonderkonditionen. Heute gibt es bezüglich der Gebühren ungleich lange Spiesse, und wenn man sieht, wie gering die zur Verfügung stehenden Volumina noch sind, ist das gegenüber den anderen Wettbewerbern nicht fair. Deshalb setzt sich der Regierungsrat, etwa auch zusammen mit dem Baumeisterverband, für korrekte Verfahren ein.

Das Thema wird in den nächsten Monaten und Jahren anspruchsvoll bleiben. Es gilt ein neues Gleichgewicht anzustreben, und dazu gehören mehr Steuerungs- und Lenkungsmöglichkeiten, um solche Engpässe künftig vermeiden zu können. Zudem muss dafür gesorgt werden, dass alles, was rezykliert werden kann, tatsächlich auch rezykliert wird.

://: Die Interpellation ist erledigt.
